

Konjunkturbericht

Wiesbaden, Rheingau-Taunus-Kreis, Hochheim am Main
Frühsommer 2026



Hohe Energiepreise drücken Geschäftsklima auf Corona-Tief

Die wirtschaftliche Lage der Unternehmen im Bezirk der IHK Wiesbaden verschärft sich deutlich. Der Geschäftsklimaindex fällt im Frühsommer 2026 auf 87 Punkte, der niedrigste Wert seit der Corona-Pandemie. Gegenüber dem Jahresbeginn 2026 (96 Punkte) ist dies ein massiver Einbruch. Auch in der Befragung von vor einem Jahr war der Wert mit 97 Punkten wesentlich stärker.

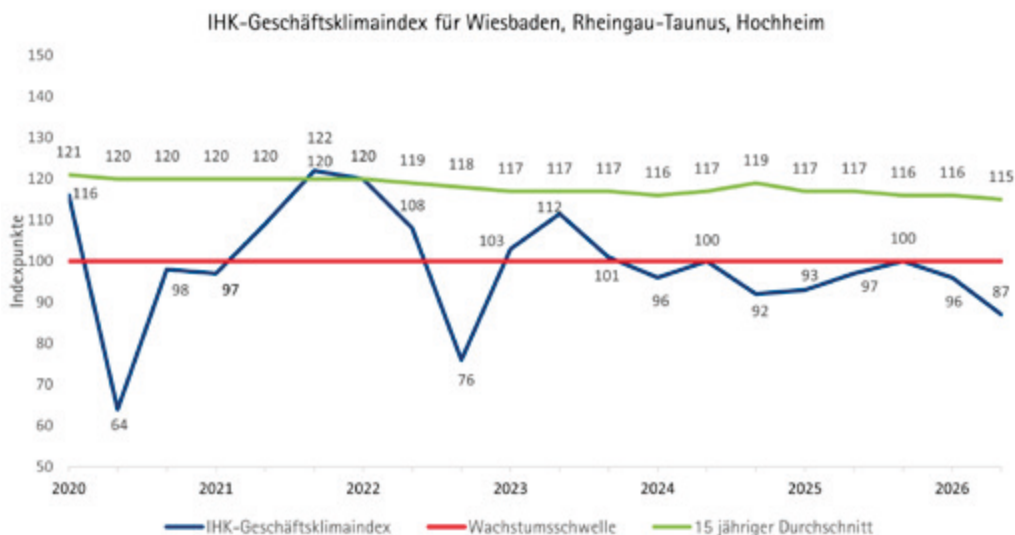
Die Ergebnisse der Befragung, die zwischen dem 21. April und dem 11. Mai 2026 durchgeführt wurde, senden ein klares Signal: Die Stimmung in den Betrieben ist geprägt von Skepsis und wachsender Krisenmüdigkeit. Nach Jahren nahezu ununterbrochener Belastungen verschärft sich die Lage erneut deutlich. Insbesondere die eskalierende geopolitische Situation, der Krieg im Mittleren Osten, sowie die dadurch ausgelöste Ölkrise, trifft die Unternehmen hart. Steigende Energiepreise und eine sinkende Planbarkeit belasten die wirtschaftlichen Perspektiven über nahezu alle Branchen hinweg. Die Hoffnung auf eine kurzfristige Stabilisierung weicht zunehmend der Sorge vor weiteren Rückschlägen.

Rund ein Jahr nach Amtsantritt verstärkt die Bilanz der Bundesregierung unter Friedrich Merz aus Sicht vieler Unternehmen eher die Verunsicherung. Angekündigte Entlastungen, Investitionen und Bürokratieabbau blei-

ben oft vage oder verzögert und sind kaum spürbar. Gerade jetzt fehlen klare, verlässliche und zügig wirksame Signale aus Berlin. Koalitionskonflikte, fehlende Prioritäten und geringe Planungssicherheit bremsen Investitionen und belasten die Konjunktur.

Im Landesvergleich zeigt sich, dass sich der bislang vorhandene Vorsprung der regionalen Wirtschaft zunehmend verringert. Der Geschäftsklimaindex in Hessen liegt bei 86 Punkten und der Bezirk der IHK Wiesbaden damit nur noch einen Punkt über diesen Wert. Über weite Strecken der zurückliegenden Zyklen war die Region Wiesbaden wirtschaftlich widerstandsfähiger als der Landesschnitt. Die regionale Wirtschaft verliert damit ihren bisherigen Puffer gegenüber der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Hessen.

Die Rückmeldungen der Unternehmen zeigen ein klares Bild großer Unsicherheit: Fehlende politische Verlässlichkeit, ausbleibende Reformen und zunehmende Bürokratie belasten die Wirtschaft spürbar. Auch die Wirtschaftsforschungsinstitute bestätigen diese Entwicklung, die Wachstumsprognose für 2026 wurde deutlich auf nur noch 0,6 Prozent gesenkt. Damit setzt sich die anhaltende Stagnation der deutschen Wirtschaft fort.



Negative Dynamik verstärkt sich

Die wirtschaftliche Lage im IHK Bezirk Wiesbaden verschlechtert sich im Frühsommer 2026 weiter. Der Saldo der aktuellen Geschäftslage rutscht auf -4 Punkte ab. Gegenüber der Befragung zum Jahresbeginn (0 Punkte) markiert dies einen spürbaren Rückschritt, der Abwärtstrend setzt sich fort und gewinnt an Dynamik.

Die Rückmeldungen der Unternehmen zur aktuellen Geschäftslage fallen überwiegend ernüchternd aus: Nur 24 Prozent der Unternehmen bewerten ihre Lage als gut (+1 im Vergleich zur letzten Befragung), während nunmehr 28 Prozent von einer schlechten Geschäftslage berichten (+5). Der Anteil neutraler Einschätzungen geht auf 48 Prozent zurück (-6). Damit verliert das stabilisierende Mittelfeld weiter an Bedeutung, während sich die negativen Bewertungen spürbar ausweiten.

Ein Blick auf die Branchen zeigt, dass die Branchen weiterhin stark zu kämpfen haben.

Industrie: Die Lage bleibt äußerst schwach. Der Saldo verharrt mit -18 Punkten (+1) auf niedrigem Niveau. Dass lediglich 15 Prozent der Unternehmen (+4) ihre Geschäftslage als gut bewerten, verdeutlicht die anhaltende Belastung. Gleichzeitig berichten 33 Prozent (+3) von einer schlechten Lage. Die Industrie steht weiter unter erheblichem Druck.

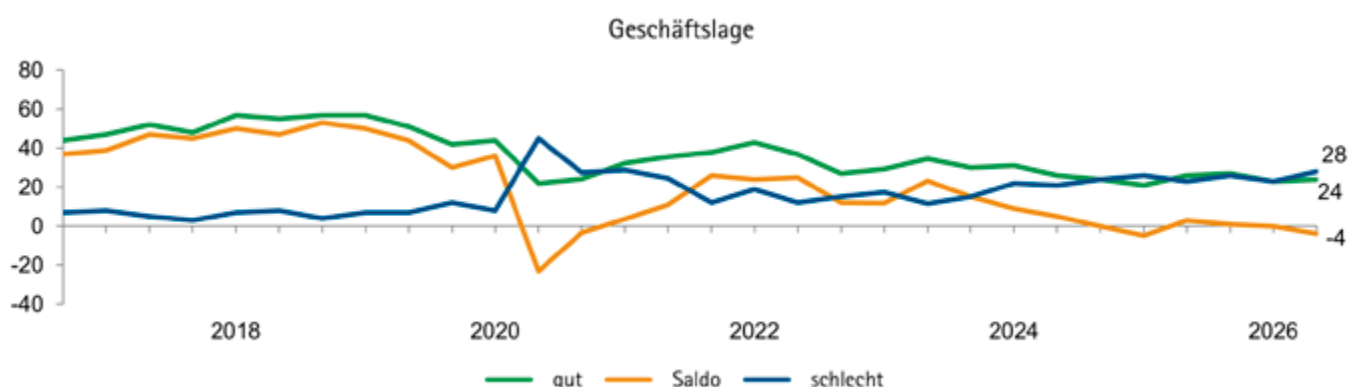
Dienstleistungen: Der Dienstleistungssektor verliert spürbar an Stabilität. Der Saldo bricht auf 6 Punkte ein

(-9) und signalisiert eine klare Eintrübung der Lage. Nur noch 29 Prozent der Unternehmen (-2) bewerten ihre Geschäftslage als gut, während der Anteil der Betriebe mit schlechter Lage auf 23 Prozent (+7) deutlich steigt.

Einzelhandel: Der Einzelhandel sieht sich weiterhin in einer schwierigen Lage. Zwar verbessert sich der Saldo auf -15 Punkte (+3), verharrt damit jedoch deutlich im negativen Bereich. Dass lediglich 14 Prozent der Händler (-1) ihre Geschäftslage als gut bewerten, unterstreicht die anhaltende Schwäche. Zwar stuft mit 57 Prozent (+5) eine wachsende Mehrheit ihre Lage als neutral ein, doch 29 Prozent (-4) berichten von einer schlechten Geschäftslage.

Großhandel: Die Lage kippt deutlich. Der Saldo stürzt auf -23 Punkte ab (-16) und signalisiert eine massive Verschlechterung. Zwar melden 23 Prozent (+5) noch eine gute Geschäftslage, zugleich stuft jedoch fast die Hälfte der Unternehmen (46 Prozent |+21) ihre Lage als schlecht ein. Der Großhandel steht damit klar unter Druck.

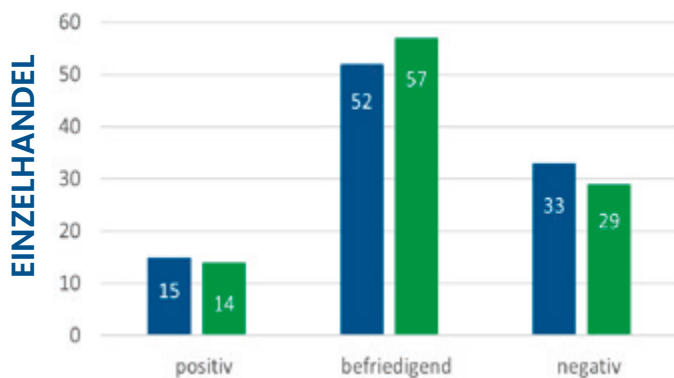
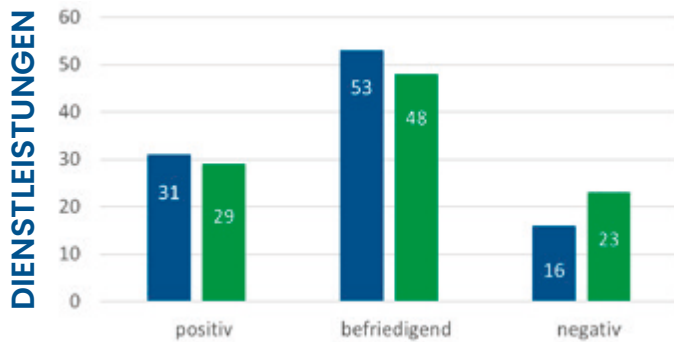
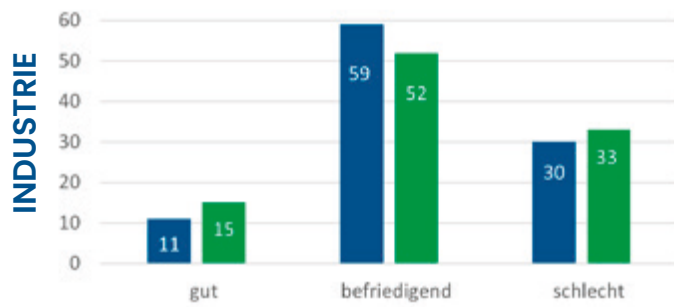
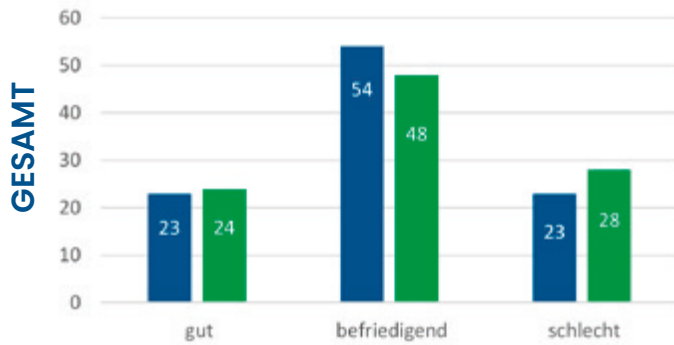
Die Wirtschaft im IHK Bezirk Wiesbaden rutscht weiter ab. Die aktuelle Geschäftslage wird mehrheitlich als schlecht bewertet. Industrie, Einzel- und Großhandel stecken tief in der Krise, der Dienstleistungssektor verliert deutlich an Boden.



Geschäftslage nach Branchen

in Prozent

Saldo zwischen gut und schlecht



■ 1/26 ■ 2/26

Wirtschaft in Sorge – Geschäftserwartungen brechen ein

Die Hoffnung auf eine Trendwende schwindet weiter: Der Erwartungssaldo bricht auf -21 Punkte ein (-14) und signalisiert wachsenden Pessimismus. Nur noch 12 Prozent der Unternehmen (-5) rechnen mit einer günstigeren Entwicklung in den kommenden 12 Monaten, während 33 Prozent (+9) eine Verschlechterung erwarten. Zwar liegt der Anteil neutraler Einschätzungen bei 55 Prozent (-4), doch das Mittelfeld verliert spürbar an Halt. Insgesamt verdichten sich die Anzeichen für einen anhaltend schwierigen konjunkturellen Ausblick. In den Branchen verstärkt sich die Entwicklung der letzten Befragung:

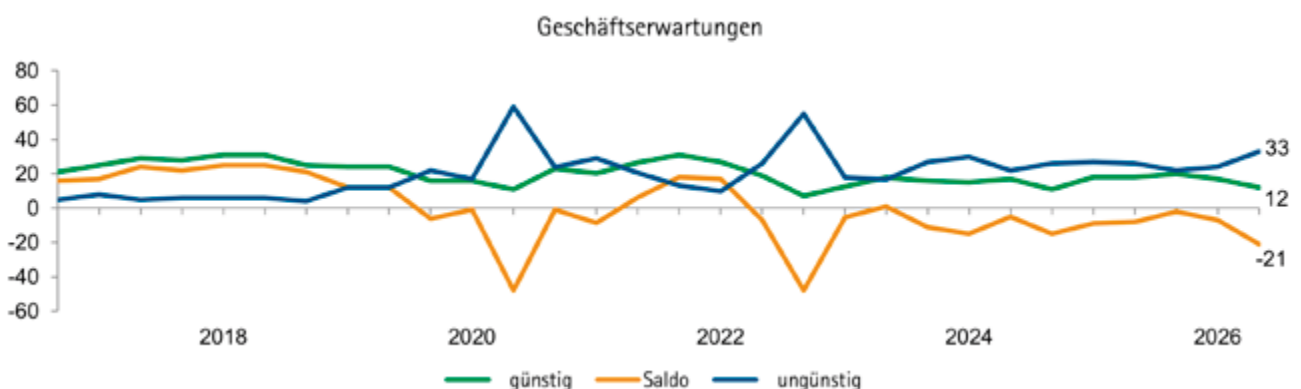
Industrie: Die ohnehin sehr schlechte Stimmung verschlechtert sich weiter. Der Erwartungssaldo fällt auf -52 Punkte (-24) und markiert eine deutliche Zuspitzung der Krise. Nur noch 9 Prozent (-6) der Unternehmen rechnen mit einer Verbesserung, während mit 61 Prozent (+28) inzwischen eine klare Mehrheit eine Verschlechterung erwartet. Der Anteil neutraler Erwartungen sinkt erheblich auf 30 Prozent (-22). Der Ausblick bleibt durchgehend pessimistisch.

Dienstleistungen: Auch im Dienstleistungsbereich verschlechtert sich der Ausblick. Der Erwartungssaldo fällt auf -12 Punkte (-12). Nur 13 Prozent der Unternehmen (-6) rechnen mit einer Verbesserung, während 25 Prozent (+6) eine Verschlechterung erwarten. Trotz eines weiterhin hohen neutralen Anteils (62 Prozent | +0) nimmt der Pessimismus spürbar zu.

Einzelhandel: Die ohnehin gedrückte Stimmung im Einzelhandel verschlechtert sich weiter. Der Erwartungssaldo sinkt deutlich auf -34 Punkte (-13). Nur noch 9 Prozent der Händler (-2) rechnen mit einer Verbesserung, während 43 Prozent (+11) eine Verschlechterung erwarten. Der Anteil neutraler Einschätzungen geht spürbar auf 48 Prozent zurück (-9), ein weiteres Zeichen für zunehmenden Pessimismus.

Großhandel: Die Erwartungen verschlechtern sich massiv. Der Erwartungssaldo rutscht auf -43 Punkte ab (-39). Nur noch 15 Prozent der Unternehmen (-6) rechnen mit einer günstigeren Entwicklung, während inzwischen 58 Prozent (+33) eine Verschlechterung erwarten. Das neutrale Lager schrumpft auf 27 Prozent (-27) und verliert damit nahezu seine stabilisierende Funktion. Der Ausblick ist klar negativ geprägt.

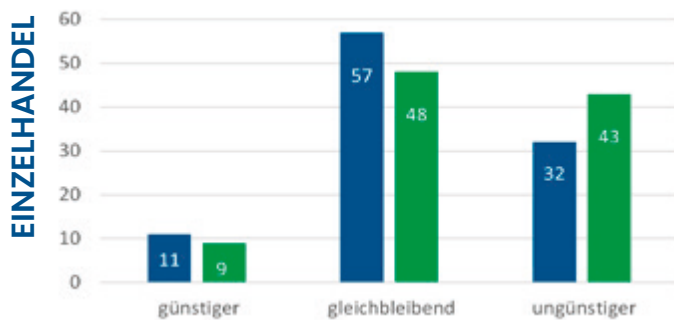
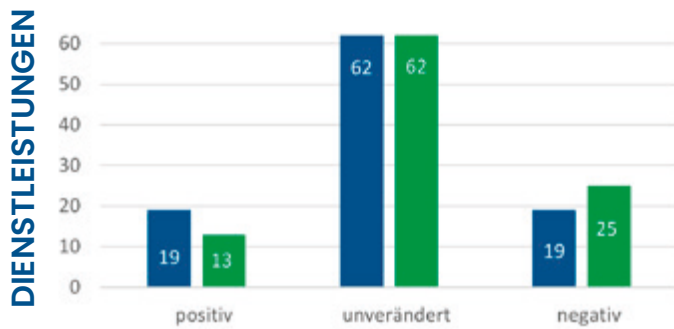
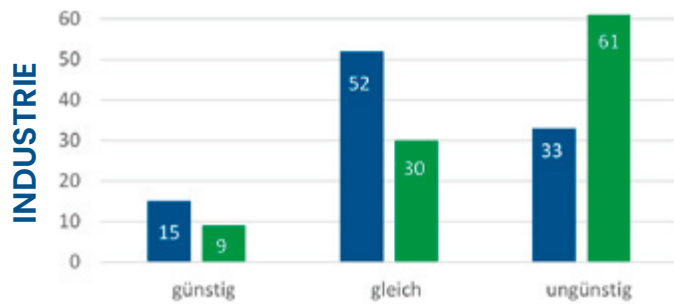
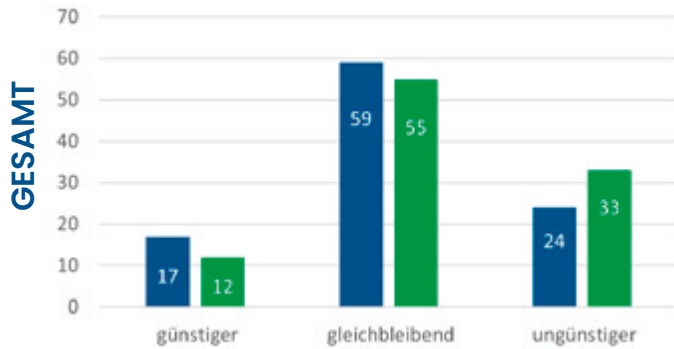
Die regionale Wirtschaft gerät zunehmend unter Druck. Die Erwartungen brechen branchenübergreifend ein und verharren tief im Minus. Besonders Industrie sowie Einzel- und Großhandel rutschen weiter ab, aber auch die Dienstleistungen verlieren spürbar an Vertrauen. Eine wirtschaftliche Erholung ist derzeit nicht erkennbar. Ein konjunktureller Wendepunkt ist nicht absehbar.



Geschäftserwartungen nach Branchen

in Prozent

Saldo zwischen günstiger und ungünstiger



■ 1/26 ■ 2/26

Wachstum erloschen – Dienstleister kämpfen

Geschäftsklimaindex

Das Geschäftsklima bricht spürbar ein und fällt auf 87 Punkte (-9), der niedrigste Stand seit der Corona-Pandemie. Erstmals seit dieser Ausnahmesituation liegen alle Branchen unter der Wachstumsschwelle. Die wirtschaftliche Dynamik kommt flächendeckend zum Erliegen, die regionale Wirtschaft rutscht tiefer in eine ausgeprägte Schwächephase.

Industrie: Die Industrie kommt weiterhin nicht aus dem Stimmungstief heraus. Der Index fällt erneut auf nunmehr 80 Punkte und liegt damit sowohl unter dem Wert der Vorbefragung (81 Punkte) als auch deutlich unter dem Vorjahresniveau (91 Punkte).

Dienstleistungen: Der wichtigste Stabilitätsanker verliert deutlich an Halt: Der Index stürzt auf 96 Punkte ab (zuvor 107 | Vorjahr 104) und fällt erstmals wieder unter die Wachstumsschwelle. Damit kippt ausgerechnet der bislang tragende Sektor.

Einzelhandel: Der Einzelhandel ist weiter unter Druck. Der Klimaindex fällt auf 75 Punkte und liegt damit deutlich unter dem Wert der Vorbefragung (81 Punkte). Das sehr niedrige Vorjahresniveau (68 Punkte) wird zwar übertroffen, von einer nachhaltigen Erholung kann aber keine Rede sein.

Großhandel: Der Großhandel bricht ein und fällt auf 67 Punkte. Der Wert liegt damit weit unter dem der Vorbefragung (95 Punkte | Vorjahr 93[FL5.1]) Die Branche rutscht tief unter die Wachstumsschwelle und reiht sich zunehmend in die allgemeine konjunkturelle Schwäche ein.

Besonders alarmierend ist, dass inzwischen keine Branche mehr Wachstum signalisiert. Selbst zuvor tragende Sektoren verlieren massiv an Stabilität. Die regionale Wirtschaft hat damit innerhalb kurzer Zeit deutlich an Substanz und Zuversicht eingebüßt.

Finanzlage

Die Finanzlage hat sich im Vergleich zu der Umfrage Jahresbeginn 2025 verschlechtert. Insgesamt ist der Anteil der Unternehmen mit einer problematischen Finanzlage auf einen Anteil von 38 Prozent (+3) gestiegen. Ein Liquiditätsengpass wird von 20 Prozent (+5) der Unternehmen angegeben und ist derzeit somit die größte Sorge der Unternehmen. Ein Eigenkapitalrückgang wird von 17 Prozent (+1) der Unternehmen als Finanzproblem genannt. Zunehmende Forderungsausfälle stellen mit einer Nennung von 15 Prozent (+2) die drittgrößte Finanzsorge der hiesigen Wirtschaft dar.

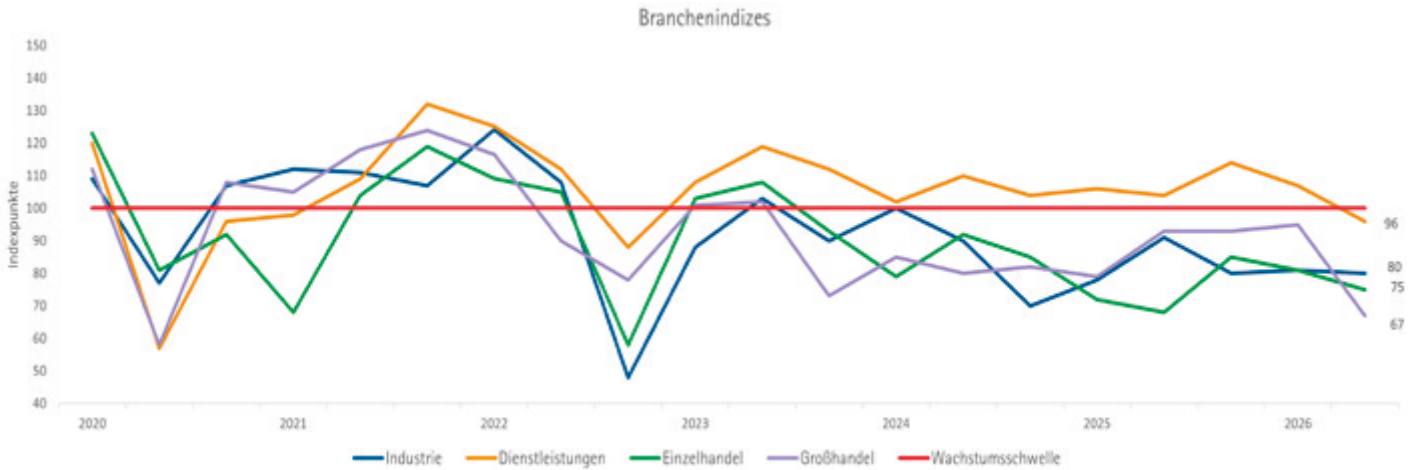
In der Branchenbetrachtung zeigt sich insbesondere die Lage des Einzelhandels als kritisch. 49 Prozent (-10) der befragten Einzelhändler stufen ihre Finanzlage als problematisch ein. Damit ist diese Branche mit Abstand der negative Spitzenreiter. Die finanzielle Situation hat sich jedoch auch in anderen Branchen massiv verschlechtert. Der Großhandel sieht mit 42 Prozent (+19) seine finanzielle Lage wesentlich dramatischer als noch vor über einem Jahr.

Auch in der Dienstleistungsbranche hat sich die Lage von 23 Prozent auf 35 stark verschlechtert (+12). In der Industrie liegt dieser Anteil unverändert bei 36 Prozent (0).

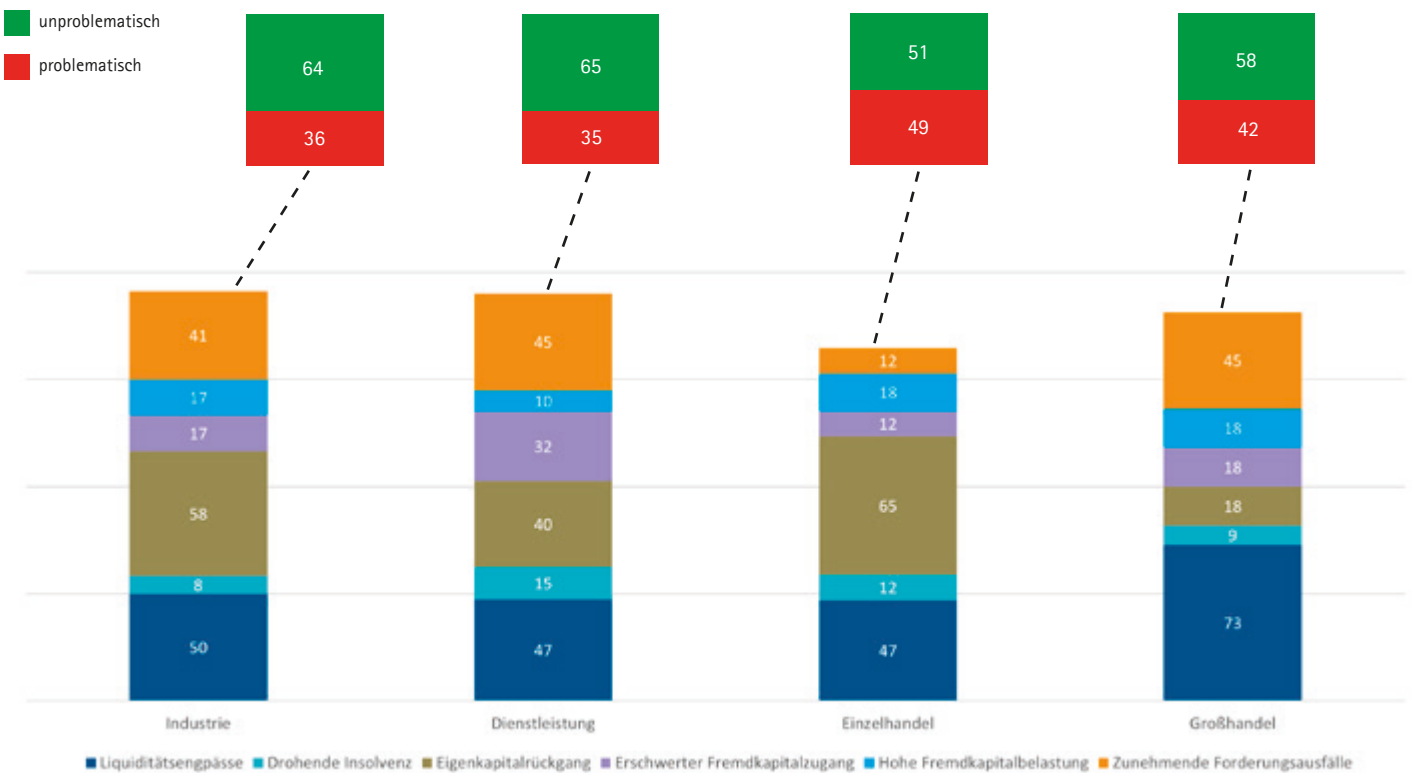
Im Rahmen einer Zusatzbefragung gaben 31 Prozent der Unternehmen an, dass ihre Finanzierung derzeit in besonderem Maße beeinträchtigt ist[FL7.1]. Als Aspekte wurden dabei vor allem Sicherheiten (12 Prozent), Zinshöhe (11 Prozent), Dokumentationspflichten (11 Prozent) und der eigene Finanzierungsanteil (10 Prozent) genannt. In der Industrie dominieren Sicherheiten und Dokumentationspflichten mit je 16 Prozent als größte Beeinträchtigungen. Im Einzelhandel vor allem Sicherheiten (18 Prozent) und Zinshöhe (15 Prozent), während der Großhandel ebenfalls stark durch Zinshöhe und Sicherheiten (je 17 Prozent) beeinträchtigt ist; bei den Dienstleistern werden am häufigsten Dokumentationspflichten (13 Prozent) genannt.



Branchenindizes



Finanzielle Belastungen im Branchenvergleich



Vertrauen schwindet – Politik wird zum größten Risiko

Im aktuellen Befragungszeitraum bewerten die Unternehmen im IHK-Bezirk Wiesbaden erneut die **wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen** als größtes Geschäftsrisiko, nach dem bei der letzten Befragung kurzfristig die Inlandsnachfrage als größtes Risiko genannt wurde. 72 Prozent der Betriebe nennen diesen Faktor, 11 Prozentpunkte mehr als in der vorherigen Befragung. Damit rückt die politische und regulatorische Unsicherheit wieder klar in den Vordergrund. Unternehmen reagieren zunehmend sensibel auf unklare ordnungs- und wirtschaftspolitische Signale, ausbleibende Reformen und eine weiterhin geringe Planungssicherheit. Die angespannten internationalen Beziehungen verstärken diese Unsicherheiten zusätzlich.

Die **Inlandsnachfrage** bleibt ein zentraler Belastungsfaktor, verliert jedoch leicht an Gewicht. 62 Prozent der Unternehmen sehen sie als Geschäftsrisiko, vier Punkte weniger als zuvor. Die weiterhin schwache Konsum- und Investitionsbereitschaft bremst die wirtschaftliche Entwicklung spürbar. Sowohl private Haushalte als auch Unternehmen agieren zurückhaltend, was die konjunkturelle Dynamik hemmt und Erholungstendenzen verzögert.

Deutlich an Bedeutung gewonnen haben die **Energie- und Rohstoffpreise**. 52 Prozent der Betriebe nennen steigende Preise als Risiko, ein kräftiger Anstieg um 15 Punkte gegenüber der Vorumfrage. Die Zuspitzung geopolitischer Konflikte im Mittleren Osten, insbesondere die Eskalation rund um den Iran, trägt maßgeblich zu dieser Entwicklung bei. Zwar kommt der seit dem 1. Mai geltende Tankrabatt laut Monopolkommission inzwischen weitgehend bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern an, dennoch liegen die Energiepreise weiterhin deutlich über dem Vorkriegsniveau. Die hohe Preisbasis und anhaltende Volatilität belasten die Kostenstrukturen der Unternehmen massiv.

Auch die **Arbeitskosten** werden weiterhin als relevantes Geschäftsrisiko eingeschätzt. 51 Prozent der Unternehmen nennen diesen Faktor, nach 57 Prozent zuvor. Trotz des leichten Rückgangs bleibt der Kostendruck hoch, insbesondere für personalintensive Branchen. Steigende Löhne und Lohnnebenkosten belasten die Wettbewerbsfähigkeit und engen die finanziellen Spielräume ein.

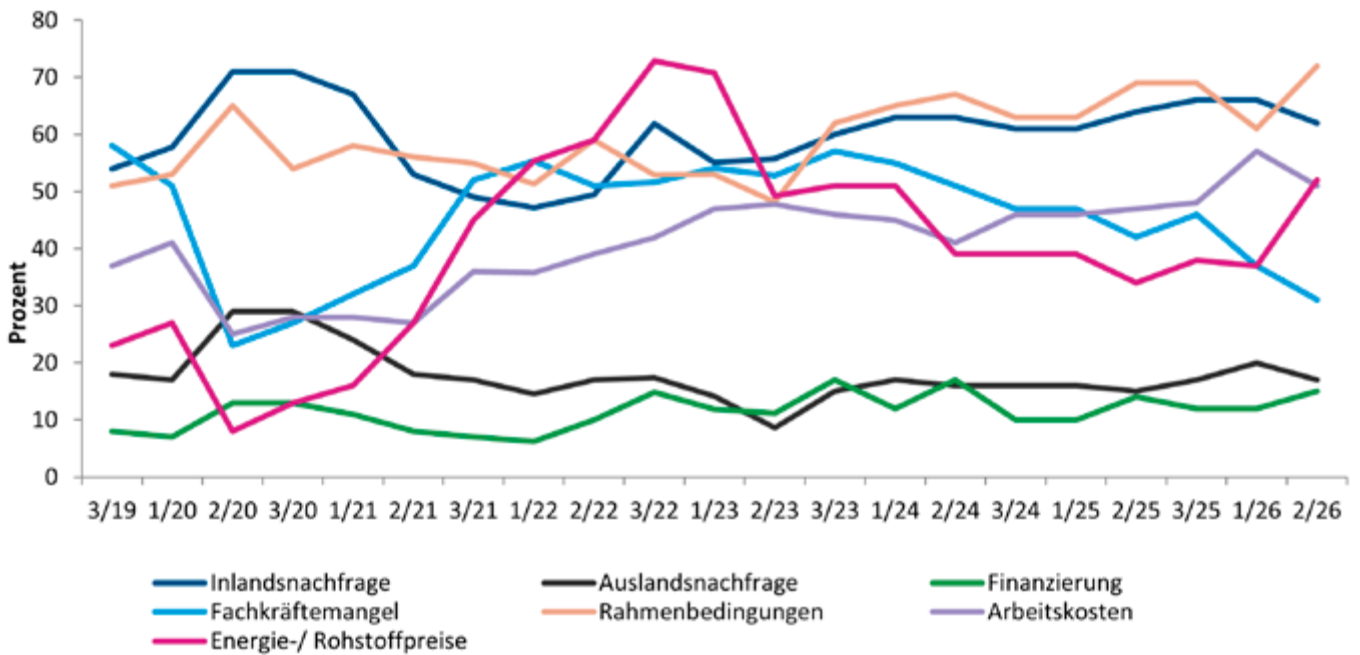
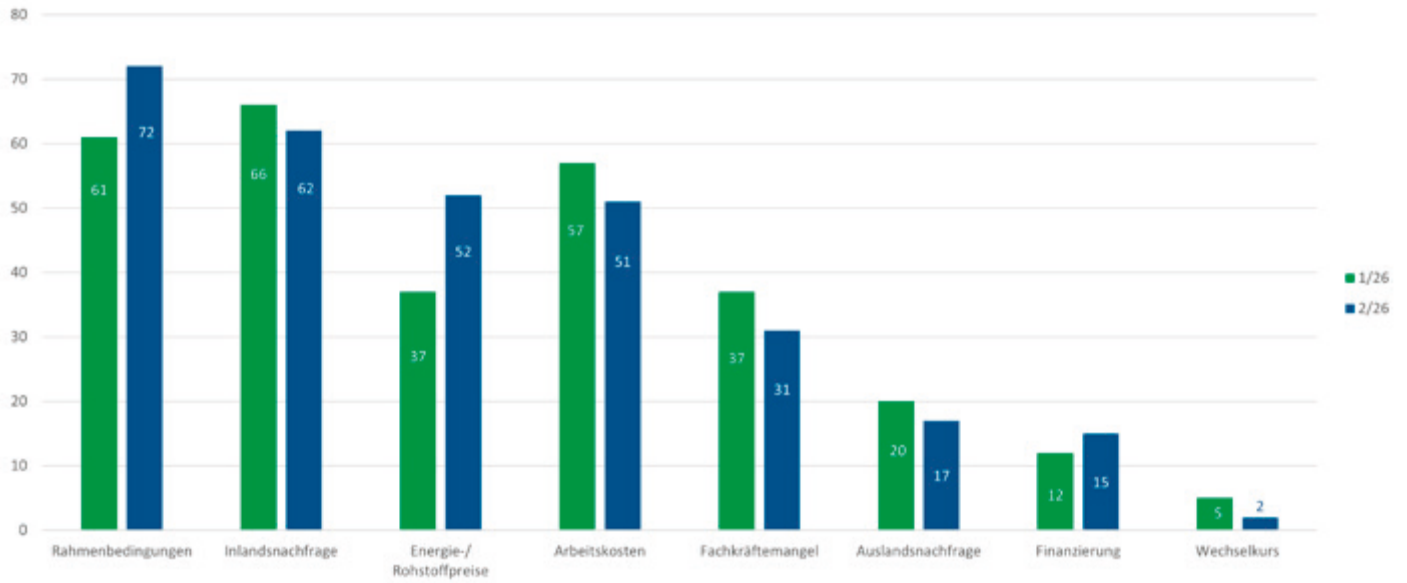
Der **Fachkräftemangel** verliert weiter an Bedeutung. Nur noch 31 Prozent der Betriebe stufen ihn als Risiko ein, sechs Punkte weniger als in der Vorumfrage. Diese Entwicklung korrespondiert mit einer verhaltenen Beschäftigungsdynamik. Gleichwohl bleibt die Sicherung qualifizierter Arbeitskräfte insbesondere für spezialisierte Tätigkeiten eine strukturelle Herausforderung.

Die **Auslandsnachfrage** wird von 17 Prozent der Unternehmen als Risiko genannt und spielt damit weiterhin eine untergeordnete Rolle. Auch die Finanzierungssituation bleibt vergleichsweise stabil: 15 Prozent der Befragten sehen hierin ein Risiko, leicht mehr als zuvor. Das Wechselkursrisiko wird nur von 2 Prozent der Unternehmen genannt, verliert damit weiter an Bedeutung.

Insgesamt sind die Unternehmen weiterhin mit schwer kalkulierbaren externen Risiken konfrontiert. Die Freitextantworten zeigen eine deutliche Unzufriedenheit mit der Politik, insbesondere wegen fehlender Reformen, kurzfristiger Entscheidungen und hoher Bürokratie. Hohe Energie- und Kostenbelastungen sowie geopolitische Konflikte verstärken die Verunsicherung und führen zu Investitionszurückhaltung und Sorgen um die Wettbewerbsfähigkeit.



Größte Risikofaktoren



Wirtschaftsschwäche bremst Arbeitsmarkt

Die Frühsommerbefragung 2026 setzt ein unübersehbares Warnsignal für die Beschäftigungsentwicklung in der Region. Die ohnehin schwachen Erwartungen der Unternehmen trüben sich weiter ein: Der saldierte Erwartungswert sinkt auf -14 Punkte (-3) und verfestigt damit den negativen Trend. Nur 8 Prozent der Unternehmen (-3) rechnen mit steigender Beschäftigung. Zwar erwarten 69 Prozent (+2) stabile Mitarbeiterzahlen, doch der Anteil der Betriebe mit Abbauplänen steigt weiter auf 23 Prozent (+1). Insgesamt zeigt sich ein klares Bild defensiver Strategien: Statt einzustellen, sichern die Unternehmen ihre Strukturen ab oder fahren Personal zurück.

Industrie: In der Industrie zeigt sich die Beschäftigungsentwicklung besonders schwach. Der Saldo liegt bei -25 Punkten (+3). Nur 6 Prozent (-8) der Betriebe erwarten einen Stellenaufbau, 63 Prozent (+19) rechnen mit gleichbleibender Beschäftigung, während weiterhin 31 Prozent (-11) einen Abbau planen.

Dienstleistung: Auch im Dienstleistungssektor bleibt die Beschäftigungsentwicklung verhalten. Der Saldo liegt bei -8 Punkten (-2). Lediglich 11 Prozent (-2) der Unternehmen rechnen mit steigender Beschäftigung, 69 Prozent (+2) erwarten stabile Mitarbeiterzahlen, während 20 Prozent (+1) von einem Rückgang ausgehen. Insgesamt zeigt sich damit eine anhaltend zurückhaltende Prognose.

Einzelhandel: Im Einzelhandel bleibt die Beschäftigungslage angespannt. Der Saldo liegt bei -21 Punkten (-3). Nur 6 Prozent (+3) erwarten einen Aufbau, 68 Prozent (-8) Stagnation und bereits 26 Prozent (+5) einen Stellenabbau. Neue Impulse am Arbeitsmarkt bleiben damit aus.

Großhandel: Im Großhandel verschlechtert sich die Lage dramatisch. Der Beschäftigungssaldo stürzt auf -19 Punkte (-19) ab. Nur noch 4 Prozent (-7) der Un-

ternehmen erwarten einen Stellenaufbau, während der Anteil der Betriebe mit Abbauplänen deutlich auf 23 Prozent (+12) steigt. Der Großhandel rutscht damit klar in den negativen Bereich und verliert spürbar an Beschäftigungsdynamik.

Die Erwartungen der Unternehmen sind nun über alle Branchen im negativen Bereich. Eine dringend benötigte Trendwende ist nicht erkennbar. Neueinstellungen bleiben die Ausnahme, stattdessen sichern die Unternehmen ihre bestehenden Strukturen ab oder planen gezielt Personalabbau. Lediglich 8 Prozent der Betriebe rechnen mit steigender Beschäftigung, während fast jedes vierte Unternehmen Stellen streichen will. Besonders alarmierend ist die Entwicklung im Großhandel, wo der Beschäftigungssaldo regelrecht einbricht.

Was diese branchenspezifischen Erwartungen in der Praxis bedeuten, zeigt sich deutlich beim Blick auf die absoluten Arbeitsmarktzahlen in Wiesbaden und im Rheingau Taunus Kreis.

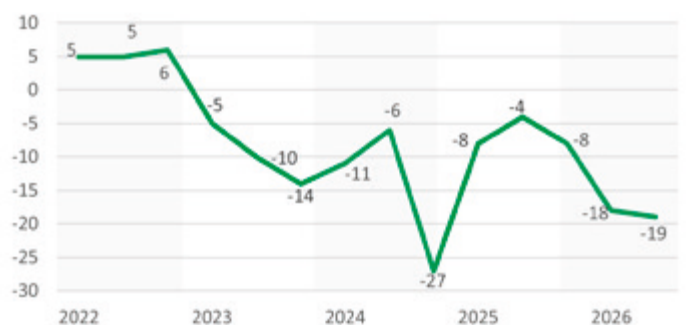
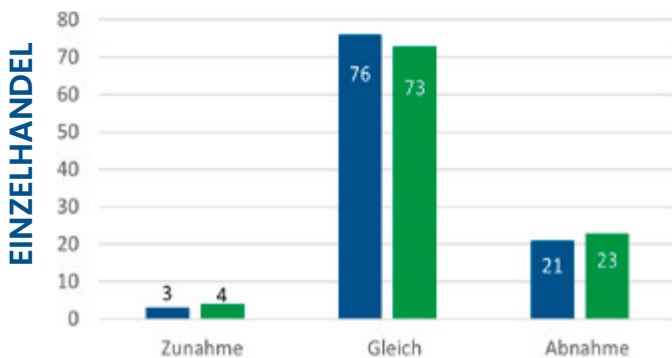
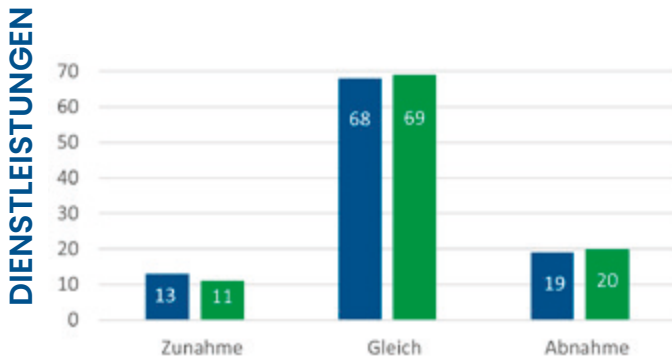
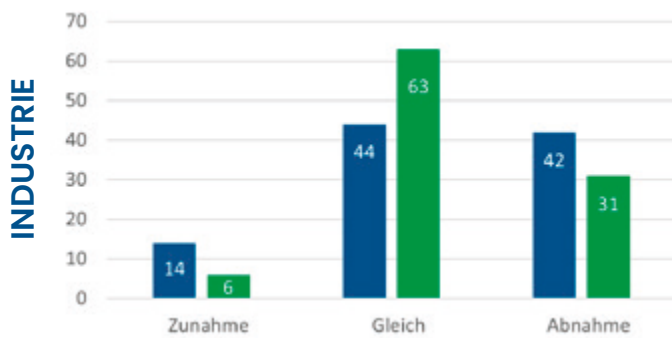
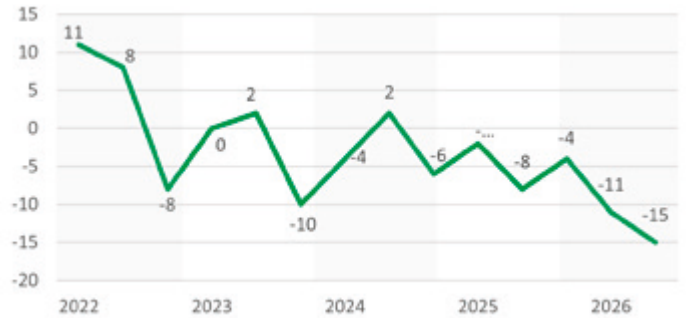
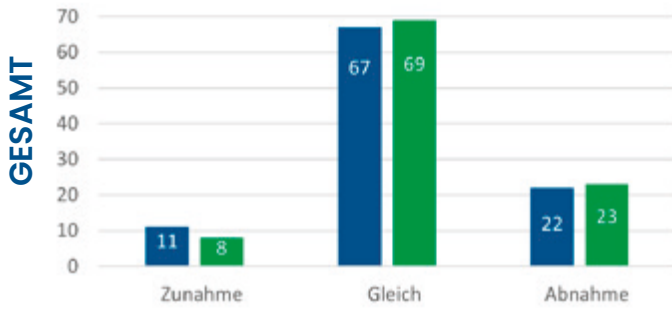
5,2 Prozent Arbeitslosigkeit im Rheingau-Taunus-Kreis stehen alarmierenden 8,2 Prozent [FL9.1] in Wiesbaden gegenüber, das ist der vierthöchste Wert in Hessen [FL10.1][LL10.2]. Während im Rheingau-Taunus-Kreis 5.312 Menschen arbeitslos gemeldet sind, sind es in Wiesbaden 18.722.

Der Arbeitsmarkt gerät ins Wanken. Zurückhaltende Personalentscheidungen der Unternehmen senden klare Alarmsignale. Die weitere Entwicklung hängt entscheidend von der Konjunktur ab. Trotz kleiner Entlastungen bleibt die Unsicherheit hoch. Jetzt braucht es politische Impulse, die Jobs sichern und Perspektiven eröffnen

Beschäftigungspläne nach Branchen

in Prozent

Saldo zwischen Zu- und Abnahme

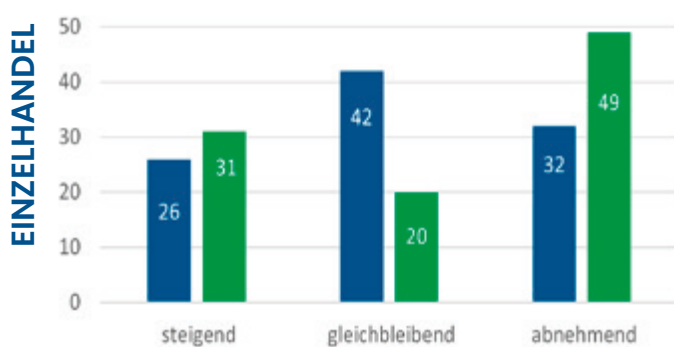
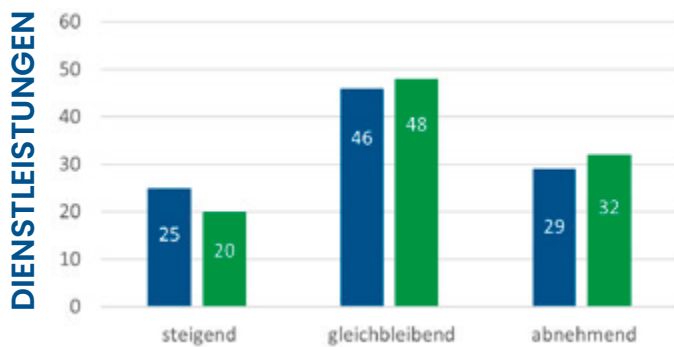
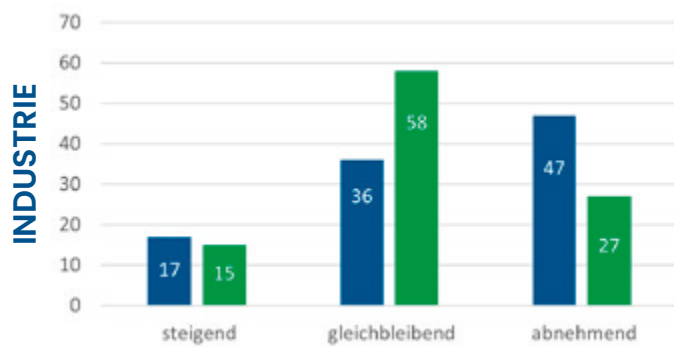
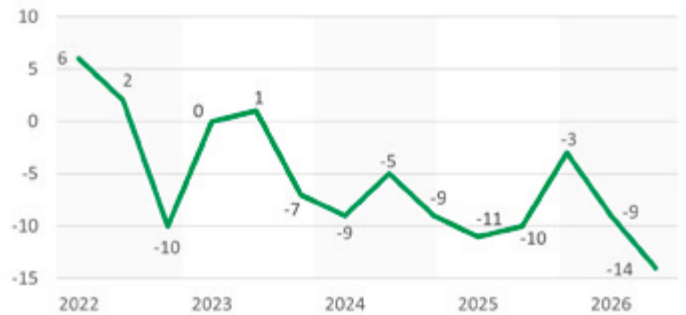
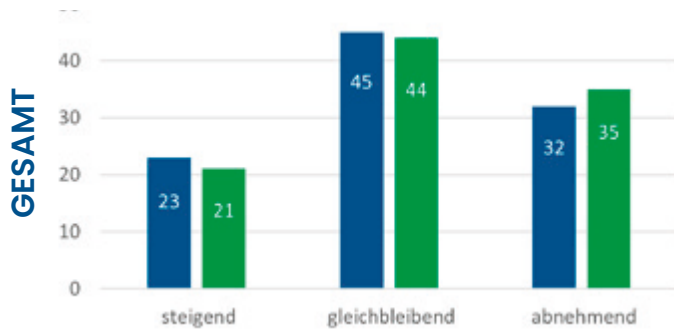


■ 1/26 ■ 2/26

Investitionsbereitschaft: Branchenübergreifend negativ

in Prozent

Saldo zwischen steigend und abnehmend

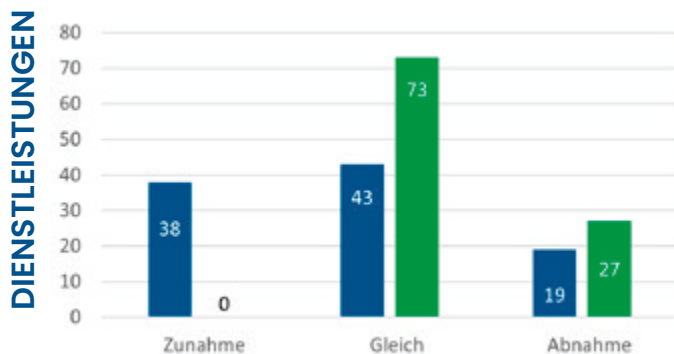
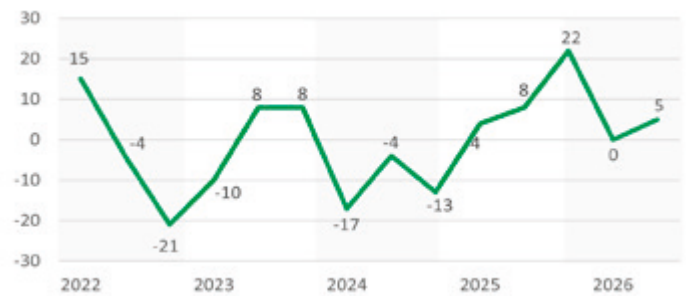
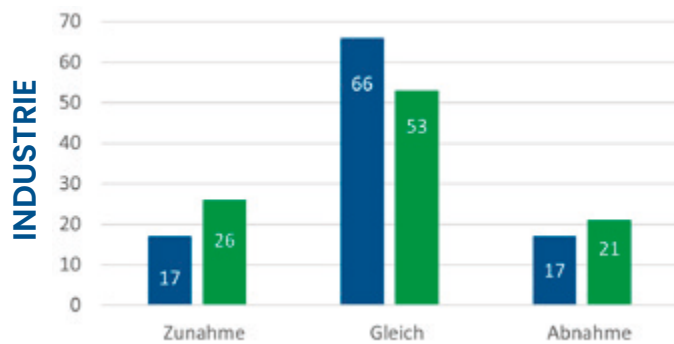
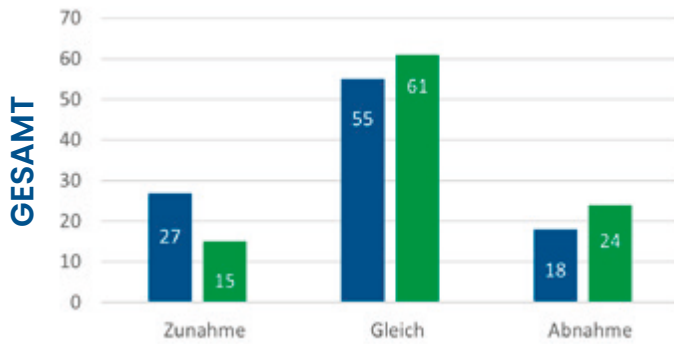


■ 1/26 ■ 2/26

Exportenerwartungen: Erwartungen der Dienstleister brechen ein

in Prozent

Saldo zwischen Zu- und Abnahme





Methodik

Drei Mal im Jahr befragt die Industrie- und Handelskammer Wiesbaden Mitgliedsunternehmen aller Branchen zur Wirtschaftslage.

Die Auswahl der befragten Unternehmen folgt der Wirtschaftsstruktur in Wiesbaden, im Rheingau-Taunus-Kreis und in Hochheim. Eine Gewichtung der Antworten nach Unternehmensgröße und Bedeutung der Branche stellt repräsentative Ergebnisse sicher.

Der Geschäftsklimaindex spiegelt den konjunkturellen Gesamtzustand der regionalen Wirtschaft wider. Er wird aus dem Mittel der Antworten zur gegenwärtigen und erwarteten Geschäftslage berechnet. Der Klimaindikator kann Werte zwischen 0 und 200 Punkten annehmen. Die Wachstumsschwelle liegt beim Wert 100. Darüber ist ein zunehmendes Wachstum zu erwarten. Ein Wert unter 100 deutet auf ein ungünstiges Geschäftsklima hin.

Die Indizes für Exporterwartungen, Beschäftigungs- und Investitionspläne ergeben sich aus dem Saldo der jeweiligen positiven und negativen Antworten. Neutrale Aussagen werden nicht berücksichtigt.

Die Branche Industrie bezieht sich auf das Produzierende Gewerbe (Industrie und Baugewerbe). Das Dienstleistungsgewerbe umfasst die Branchen Gastgewerbe, Verkehr, Banken, Versicherungen und Finanzdienstleistungen, unternehmens- und personenbezogene Dienstleistungen.

Durch die Rundung summieren sich Prozentwerte ggf. nicht immer auf 100 Prozent. Dadurch kann der Wert insgesamt 100 Prozent über- oder unterschreiten.

So können Sie mitmachen!

Damit wir fundierte und repräsentative Aussagen über die regionale Wirtschaftslage treffen können, brauchen wir auch Ihre Einschätzung als Unternehmer!

Die Online-Befragung nimmt nur drei Minuten Ihrer Zeit in Anspruch. Themen sind die aktuelle Geschäftssituation, Geschäftserwartungen, Investitionsneigung, Export- und Personalpläne.

Den Konjunkturbericht mit den Umfrageergebnissen erhalten Sie auf Wunsch drei Mal im Jahr direkt in Ihr E-Mail-Postfach.

Noch nicht angemeldet?

www.ihk.de/wiesbaden/konjunkturumfrage



Herausgeber

Industrie- und Handelskammer Wiesbaden
Wilhelmstraße 24-26
65183 Wiesbaden
www.ihk.de/wiesbaden

Ihre Ansprechpartner

Fabian Lauer
Tel. 0611 1500-126
f.lauer@wiesbaden.ihk.de

Pia-Luise Lütsch
Tel. 0611 1500-167
l.luetsch@wiesbaden.ihk.de

Illustration Titelseite: AdobeStock - Artification

